

Redebeitrag der SJD-Die Falken KV Jena am 3. Oktober 2015:

Nach dem 27. Juni, als die „Europäische Aktion“ zuletzt versuchte, ihre menschenverachtende Ideologie auf die Straße zu tragen und aufgrund der Blockaden nur eine Runde auf dem Seidelparkplatz drehen durfte, haben es sich die Nazis für diesen deutschesten aller Tage erneut vorgenommen, die Innenstadt für sich zu beanspruchen. Mit dabei sind zusätzlich zu dem Netzwerk von Holocaustleugner_innen und Volkstümler_innen von der „Europäischen Aktion“ auch Thügida und die Partei „Die Rechte“.

Sie machen aus ihrer Gesinnung kein Geheimnis. Ihnen allen geht es um eine Wiederherstellung des durch sogenannte „Überfremdung“ bedrohten deutschen Volkes. Ihrer Auffassung nach sei das deutsche Volk, entstellt durch die Einwanderungen, der weltweiten Einflussnahme der Vereinigten Staaten und der Zerrüttung der deutschen Wertegemeinschaft, zu seiner vermeintlich „natürlich gewachsenen Ordnung“ zurückzuführen. Auch die Bestrebungen, die Massenarbeitslosigkeit der *Deutschen* zu bekämpfen und Sozialleistungen für *Deutsche* zu stärken, also die *deutschen* Opfer des Kapitalismus zu stützen, sind dabei nicht Ziel eines solidarischen, sondern eines völkischen Projekts. Dabei sind ihnen insbesondere Geflüchtete ein Dorn im Auge. Während „Die Rechte“ Geflüchtete mit Schwerkriminellen gleichsetzt, die angeblich Asylmissbrauch betreiben und Übergriffe auf Deutsche planen, liefert die „Europäische Aktion“ dazu den ideologischen Überbau einer weltweiten Verschwörung gegen das deutsche Volk, in dem die Geflüchteten lediglich die Bauernopfer darstellen. Sie sprechen in antisemitischer Manier davon, dass anonyme Kräfte, womit mal mehr mal weniger explizit Juden und Jüdinnen gemeint sind, in der Welt Unruhe und Krieg stiften, um mithilfe der dadurch entstehenden Flüchtlingsströme das deutsche Volk zu zerstören.

Mit Blick auf die deutsche Gesamtgesellschaft offenbaren sich ideologische Spaltungen. Zum einen sind in großen Kreisen lange gepflegte Ressentiments gegenüber Geflüchteten salonfähig geworden, ein anderer Teil der deutschen Bevölkerung versucht dem aktuell eine „Willkommenskultur“ entgegenzusetzen.

So begann mit der Einreise derjenigen Geflüchteten, die am Budapester Bahnhof feststeckten, eine regelrechte Solidaritätswelle. Die Ankommenden wurden eifrig beklatscht und bundesweit organisierten sich Menschen in Initiativen, um Kleidung, Essen und Hygieneartikel zu spenden. Gleichzeitig reagierten viele Menschen gegenüber den Anschlägen auf geplante Unterkünfte mit Empörung und Distanzierungen.

Misstrauisch stimmt dabei, wie gut sich die Hilfe für Geflüchtete mit der Darstellung eines „guten Deutschlands“ verträgt. Wenn auch manchmal mit kritischen Untertönen, weiß man sich mit dem Staat auf einer Seite und verbucht die Zuströme als Kompliment auf das Konto der nationalen Gemeinschaft. Grundsätzlich versteht man Deutschland wie auch die EU als Helferin in der Not, auch indem man fordert, sie müssten diese Rolle noch besser wahrnehmen.

Tatsächlich bereitet die deutsche Regierung aber gerade, während wir hier gegen die Rassist_innen, Antisemit_innen und Faschist_innen von Thügida, „Europäischer Aktion“ und „Die Rechte“ demonstrieren, eine Änderung des Asylrechts vor, die mit großer Wahrscheinlichkeit im Oktober durch die Parlamente gewunken werden wird.

Dabei geht es nicht nur um eine finanzielle Entlastung der Länder, um eine Änderung von Bau- und Bundesärzteordnung, sondern um eine erneute Verschärfung des Asylrechts. Laut dem Gesetzesentwurf sollen Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, um Asylbewerber_innen aus diesen Ländern schneller abschieben zu können. In Erstaufnahmelagern sollen wieder Geld- durch Sachleistungen ersetzt werden, die Residenzpflicht wird wieder eingeführt und die Duldungsfrist von sechs auf drei Monate verkürzt. Unter Hilfe verstehen wir etwas anderes! Vielmehr handelt es sich um eine Politik der Abschreckung und Abschottung.

Überdies möchte Deutschland sogenannte „Schleuser“ weiter kriminalisieren. Aufgrund ihrer angeblichen „Sozialschädlichkeit“ - so der O-Ton aus der Begründung des Gesetzesentwurfs - droht

ihnen von nun an nicht mehr nur eine Geldstrafe, sondern gleich drei Monate Knast. Schon seit Monaten schießen sich die Medien auf Schleuser ein und tun gerade so, als seien *sie* es, die die Menschenleben ertrunkener oder erstickter Geflüchteter allein zu verantworten hätten. Dabei ist klar: Die Schleuser, die mit der Not von Flüchtlingen ihr Geld verdienen, sind für Schutzsuchende die einzige Möglichkeit, über die für sie hermetisch abgeriegelten Grenzen von EU und Deutschland doch noch in Sicherheit gelangen zu können. Dabei sind die Taktiken der Schleuser natürlich umso riskanter, je mehr Deutschland und die EU versuchen zu verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt ihre Grenzen erreichen. Diese Abschottungsmaßnahmen sind keine neue Strategie, wie die Umstellung vom Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ auf das Grenzschutzprogramm „Triton“ bereits gezeigt hat.

Wir sagen daher: Die Toten im Mittelmeer und in den Lastwägen sind nicht die Toten der Schleuser – es sind die Toten Deutschlands und der Europäischen Union!

Wir können deshalb nicht bei der Forderung nach einer humaneren Flüchtlingspolitik stehenbleiben. Wir wissen, dass lebenswerte Bedingungen für Geflüchtete nie das Ziel von Asylpolitik waren. Das zeigt sich schon in der Einteilung in politische und wirtschaftliche Fluchtgründe. Wenn der Grund für die Flucht nicht die politische Verfolgung, sondern der verwehrte Zugriff auf das Lebensnotwendigste ist, werden die Geflüchteten möglichst schnell wieder abgeschoben.

Nicht erwähnt wird, dass Wirtschaftsflüchtlinge das Produkt internationaler Konkurrenz sind. In dieser sorgt die EU, insbesondere Deutschland, mit wirtschaftlich überlegenen Unternehmen dafür, es den sogenannten Entwicklungsländern unmöglich zu machen eine funktionierende Ökonomie aufzubauen. Dabei ist globale Expansion kein Resultat von Boshaftigkeit, sie bedarf diplomatischer, politischer und notfalls militärischer Durchsetzung und entspringt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Solidarität darf sich deshalb nicht in der Verwaltung des Elends der Geflüchteten erschöpfen, sondern muss die Gründe dieses Elends in den Fokus nehmen!

Refugees Welcome! Freiheit ohne Grenzstein!